

**Leitantrag der Landesversammlung des  
Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU (AKU)  
am Samstag, 7. Dezember 2019**

**Gemeinsam handeln – der Klima- und Umweltschutz als  
gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

1 **Vorbemerkung**

2 Das Thema Umwelt- und Klimaschutz hat breite Teile der Gesellschaft erreicht. Der  
3 menschengemachte Klimawandel stellt uns vor größte Herausforderungen, die es rasch zu meistern  
4 gilt. Dabei ist entschiedenes Handeln gefragt. Der Arbeitskreis Umweltsicherung und  
5 Landesentwicklung der CSU (AKU) begrüßt daher ausdrücklich, dass die Christlich-Soziale Union im  
6 September mit der Klimastrategie als erste Partei eine umfassende Strategie vorgelegt hat, die als  
7 Grundlage für das weitere Vorgehen dienen wird. Die CSU setzt auf Klimainnovationen, auf eine  
8 effektive Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und darauf, das nationale Klimaziel 2030 zuverlässig zu  
9 erreichen, wobei Deutschland spätestens 2050 klimaneutral werden soll, Bayern deutlich früher. Der  
10 Bundestag hat Mitte November ein umfassendes Klimapaket verabschiedet. Es soll als solide Basis  
11 zur Erreichung der Klimaziele dienen. Erstmals wird ein nationaler Zertifikatehandel für die Bereiche  
12 Wärme und Verkehr eingeführt und im Klimaschutzgesetz wird das Ziel 2030 gesetzlich  
13 festgeschrieben. Hierfür müssen die einzelnen Sektoren jahresscharfe Ziele erfüllen, die einem  
14 umfassenden Monitoringprozess unterliegen. Diese Gesetze wurden auch vom Bundesrat  
15 beschlossen. Daneben sollen durch Maßnahmen und Förderprogramme gezielt Anreize zur CO<sub>2</sub>-  
16 Reduktion gesetzt werden. Denn uns ist wichtig, dass Klimaschutz nicht zu einer sozialen Frage wird.

17 Die Menschen erwarten Verlässlichkeit. Deshalb ist es wichtig, dass Ticketermäßigung bei der Bahn  
18 und bei Elektro-Dienstwagen und die Steuervorteile bei der klimafreundlichen Sanierung von  
19 Eigenheimen 2020 kommen. Der Bund ist bereit, für das gesamte Klimapaket in den kommenden  
20 Jahren gut 55 Mrd. Euro in die Hand zu nehmen. Das ist eine Menge Geld. Der Bund hat damit die  
21 richtigen Weichen für mehr Klimaschutz gestellt. Der Bundesrat hat jedoch Ende November die

22 Steuergesetze blockiert. Im Sinne des Klimaschutzes ist es jedoch wichtig, dass der  
23 Vermittlungsausschuss schnell und noch bis zum Jahresende zu einem Ergebnis kommt. Denn es ist  
24 zwingend notwendig, dass die Maßnahmen, z.B. die steuerliche Förderung der energetischen  
25 Gebäudesanierung 2020 kommen. Ein Schlüsselsektor für die Erreichung unserer Klimaziele ist der  
26 Gebäudesektor. Denn dort entsteht ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Mit der steuerlichen Förderung  
27 der energetischen Gebäudesanierung bewirken wir eine unbürokratische Förderung für  
28 Eigenheimbesitzer. In Zukunft werden die Menschen die Möglichkeit haben, Steuern zu sparen, wenn  
29 sie ihr Haus energetisch sanieren oder wie bislang Zuschüsse bei der KfW zu bekommen. Wichtig ist  
30 uns, dass auch KWK-Anlagen gefördert werden, denn sie sind ein wichtiger Baustein, um CO<sub>2</sub> zu  
31 sparen. Hierbei sollen die ressourcenschonenden, umweltfreundlichen, entlastenden Faktoren besser  
32 in den Berechnungsverfahren für Energiebilanzen abgebildet werden, beispielsweise differenziert in  
33 Primärenergiefaktoren.

34 Bayern hat sein erstes Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Rund 700 Mio. Euro werden bis  
35 2023 in konkreten Klimaschutz investiert. Dabei werden natürlichen CO<sub>2</sub>-Speicher wie Wälder, Moore  
36 und Auen geschützt und Klimaforschung und Clean-Tech gefördert. In der Klimastrategie und im  
37 Bayerischen Klimaschutzgesetz werden zahlreichen Anregungen und Ideen aufgegriffen, welche der  
38 AKU eingebracht hat. Wir werden die Umsetzung dieser Klimastrategie konstruktiv, kritisch und  
39 nachdrücklich begleiten und das im AKU so zahlreich vorhandene Expertenwissen einbringen. Nur  
40 gemeinsam kann der umfassende Klima- und Umweltschutz gelingen.

#### 41 **Der Leitanspruch des AKU von 2018 – bereits erfolgreich in vielen Bereichen umgesetzt**

42 Viele der in unserem Leitanspruch „Bayern - umweltfreundlichster Wirtschaftsstandort der Welt“ von  
43 2018 vorgebrachten Forderungen sind Teil der Klimastrategie der CSU, des Klimaschutzprogramms  
44 2030 der Bundesregierung und des bayerischen Klimaschutzgesetzes geworden. Wir werden die  
45 Umsetzung der sich daraus ergebenden Gesetzgebung weiterhin genau beobachten und darauf  
46 hinwirken, dass weitere Forderungen unseres Antrags von 2018 umgesetzt werden.

#### 47 **A) Gemeinsam handeln**

48 Da der Klimawandel alle Bereiche des menschlichen Lebens betrifft, kann er nur als  
49 gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen und gemeistert werden. Gesellschaftliche Gruppen dürfen  
50 dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden, weder Jung gegen Alt, noch Arm gegen Reich oder  
51 Stadt gegen Land.

52 Der AKU setzt sich daher dafür ein, dass thematisch passend gemeinsame Sitzungen mit anderen  
53 Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der CSU auf allen organisatorischen Ebenen stattfinden.  
54 Dies sind in erster Linie die Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AG ELF)  
55 und der Arbeitskreis Energiewende (AKE). Gemeinsam mit den dortigen Experten wollen wir an  
56 praktikablen Lösungen arbeiten, um die nötige breite gesellschaftliche Akzeptanz für Umwelt- und  
57 Klimaschutz zu schaffen.

58 Ein erstes Ziel aus diesem gemeinsamen Vorgehen ist es, die Fragen des Schutzes unserer  
59 natürlichen Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt in einer gemeinsamen Sitzung beider  
60 Landesvorstände mit der AG ELF zu diskutieren und nach Möglichkeiten zu suchen, sich auf ein  
61 gemeinsames Maßnahmenpapier zu einigen. Denn der Klimaschutz darf nicht zu einer Spaltung der  
62 Gesellschaft führen.

## 63 **B) CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel ausbauen**

64 Der AKU begrüßt die Einigung auf einen nationalen Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für den Verkehrs-  
65 und Wärmesektor ab 2021. Die Bundesregierung hat bewusst den marktwirtschaftlichen Ansatz eines  
66 Zertifikatehandels gewählt. Auch wir haben immer eine Steuerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gefordert und  
67 der CO<sub>2</sub>-Steuer eine Absage erteilt. Um Akzeptanz für den Klimaschutz zu schaffen, werden mit dem  
68 Klimapaket zunächst Anreize für mehr Klimaschutz geschaffen. Erst in einem zweiten Schritt, erhält  
69 CO<sub>2</sub> einen Preis. Ziel ist es, ambitionierten Klimaschutz auf eine breite Basis zu stellen, um nicht  
70 Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen und so viele Menschen abzuschrecken.

71 Der AKU sieht im CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel die große Chance, diesen zu internationalisieren und so  
72 weiter auszudehnen. Daher fordert der AKU

- 73 1. Mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen Gespräche über eine  
74 zügige Ausweitung des europäischen Emissionshandels für Wärme und Verkehr  
75 aufzunehmen.
- 76 2. Auf ein globales Bepreisungssystem von CO<sub>2</sub> hinzuwirken und bestehende  
77 Emissionshandelssysteme auf internationaler Ebene zu vernetzen.
- 78 3. Dass neu beschlossene Handelsabkommen auch ein Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung  
79 beinhalten und die Möglichkeit eines gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels geprüft wird.

## 80 **C) Entwicklung einer Ökosozialen Marktwirtschaft**

81 Die CSU hat in ihrer Klimastrategie zu Recht festgestellt, dass Klimaschutz die Weiterentwicklung  
82 unserer Wirtschaftsordnung bedeutet. Ziel muss es sein, unsere erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft  
83 um eine ökologische Dimension hin zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft zu erweitern. Dabei müssen  
84 ökonomische, soziale und ökologische Ziele gleichermaßen Beachtung finden. Der AKU setzt sich  
85 daher dafür ein, dass in Zukunft Umweltkosten effektiv in die Preisbildung mit einfließen. Dafür  
86 geeignete Instrumente sollen im gesellschaftlichen Konsens entwickelt werden. Auf diese Weise wird  
87 nachhaltiges Wirtschaften belohnt und Anreize für eine intelligente Ressourcenschonung geschaffen.

## 88 **D) Wald- und Flächenverbrauch weiter reduzieren**

89 Das Landesamt für Statistik meldete, dass der Flächenverbrauch in Bayern 2018 auf zehn Hektar am  
90 Tag zurückgegangen ist. 2017 waren es zwar noch 11,7 Hektar. Dennoch sind wir noch weit von den  
91 im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern angestrebten fünf Hektar je Tag entfernt.  
92 Daher erneuert der AKU seine Positionen aus den Leitantrag 2018:

93 Wir wollen den Flächenverbrauch nachweisbar verringern. Schlüssel sind nicht starre Grenzen,  
94 sondern ein intelligentes Flächenmanagement, das auch die Mehrfachnutzung verbrauchter Flächen  
95 fördert und die Verknüpfung mit flexiblen Anreizprogrammen wie zum Beispiel die  
96 Entsiegelungsprämie sowie Instrumente wie die Dorferneuerung und die Städtebauförderung zur  
97 Revitalisierung der Ortskerne nach dem Motto „Innen statt Außen“. Zur weiteren Sensibilisierung  
98 gegenüber der Thematik und zur wirkungsvolleren Umsetzung vor Ort, soll jeder Landkreis und jede  
99 kreisfreie Stadt einen Flächenmanager erhalten.

100 Wir brauchen ein leistungsfähiges Monitoringsystem, um gegebenenfalls weitergehende Maßnahmen  
101 in Angriff nehmen zu können. Auch weitere unserer Forderungen aus 2018 möchten wir erneuern:

- 102 • **Brachflächen und Leerstände bekämpfen!**  
103 Brachflächen und Leerstände stellen ein großes Potenzial zur Nutzung durch Gewerbe und  
104 Wohnen dar. Deshalb ist es zunächst wichtig, ein Baulücken- und Brachflächenkataster für  
105 ganz Bayern zu erstellen. Grundlage dafür sind die Meldungen aus den Kommunen.
- 106 In einem zweiten Schritt wird ein Vorrang der Reaktivierung von Brachflächen vor Neubau auf  
107 freiem Feld im Baugesetzbuch verankert. Bei der Umweltprüfung ist vor der Aufstellung von  
108 Bauleitplänen zu prüfen, ob geeignete Brachflächen zur Verfügung stehen.
- 109 Gleichzeitig soll eine Vorschrift zur Aktivierung von Siedlungsbrachflächen im  
110 Landesentwicklungsplan verankert werden. Ein Anreiz für Kommunen soll entwickelt werden,  
111 für jedes neu ausgewiesene Baugebiet Leerstände und Brachflächen zu beseitigen.
- 112 Der Freistaat Bayern fördert die Aktivierung von Siedlungsbrachflächen. Die Kommunale  
113 Planungshoheit wird dadurch nicht beschränkt. Kommunen können wie bisher auch ihre  
114 Entwicklungsmöglichkeiten nutzen, wenn sie analog zu den Voraussetzungen der  
115 Umweltprüfung die Voraussetzungen für die Reaktivierung von Brachflächen erfüllen.
- 116 • **Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken!**  
117 Das Städtebauförderungsprogramm zur Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen  
118 (2017 ca. 3 Mio. Euro) wird verzehnfacht und deutlich auf 30 Mio. Euro erhöht. In Bayern sollen  
119 davon flächendeckend Kommunen profitieren.
- 120 • **Stadtentwicklung langfristig planen!**  
121 Stadtentwicklung muss langfristig geplant werden. Für kleinere Städte und Gemeinden ist es  
122 oft hilfreich, eine Beratung für die langfristige Stadtentwicklung zu bekommen. Deshalb wird  
123 eine Taskforce zur Beratung der Kommunen beim Staatsministerium für Landesentwicklung  
124 und Heimat verankert.
- 125 • **Mischnutzung in innerstädtischen Gebieten fördern!**  
126 Immer mehr Gewerbe und Nahversorgungsmärkte sind von der Innenstadt an die  
127 Stadtrandgebiete umgezogen. Die Folge sind leerstehende Häuser in der Innenstadt und mehr  
128 Verkehr an die Außengebiete. Die Ursachen liegen einerseits in den frei bebaubaren Flächen  
129 am Rand der Stadt, aber auch in den immer höheren Auflagen für Gewerbe und Einzelhandel  
130 beim Lärm- und Geruchsschutz.
- 131 Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel müssen wieder zusammen ins Zentrum der Stadt. Lärm-  
132 und Geruchsschutzauflagen sollen überarbeitet und so gestaltet werden, dass das Miteinander  
133 im Zentrum der Stadt wieder möglich wird.
- 134 • **Denkmalschutzauflagen flexibler gestalten!**  
135 Der Denkmalschutz verhindert oft vernünftige und flächensparende Lösungen für Bauherren.  
136 Wenn Bauherren eine Nutzungsänderung von Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen  
137 anstreben und dafür auf einen Bau auf dem freien Feld verzichten, muss dies auch  
138 unbürokratisch möglich sein. Der Erhalt des Gebäudes soll im Vordergrund stehen,  
139 gleichzeitig müssen Veränderungen möglich sein. Auch die Förderung für den Erhalt von  
140 denkmalgeschützten Gebäuden durch den Freistaat soll aufgestockt werden.
- 141 • **Entsiegelung von Flächen!**  
142 Es müssen einfache und unbürokratische Förderinstrumente geschaffen werden, um  
143 Kommunen bei der Entsiegelung von bestehenden Flächen wie Gewerbebrachen oder alte

144 Industriegelände zu unterstützen. Eine Entsiegelungsprämie würde den Anreiz deutlich  
145 erhöhen, Flächen aus dem Flächenverbrauch herauszunehmen.

146 • **Kaution für Einzelhandelsobjekte!**

147 Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, für großflächige Objekte des Einzelhandels vor  
148 der Erteilung einer Baugenehmigung eine Garantie in Form einer Bürgschaft oder Kaution für  
149 den Fall einer lediglich kurzzeitigen Nutzung zu vereinbaren. Sollte das Unternehmen das  
150 Objekt vor dem Ablauf eines festgesetzten Zeitraumes aufgeben, kann der Betrag oder die  
151 Bürgschaft zur Nachfolgesuche für eine Nutzung des Geländes herangezogen werden.

152 **E) CleanTech**

153 Unter dem Begriff CleanTech ist eine Querschnittstechnologie zu verstehen, die Umweltthemen,  
154 Digitalisierung, Sensorik und Industrie 4.0 verbindet. Die CleanTech-Protagonisten tragen mit ihren  
155 Produkten, Verfahren und Dienstleistungen maßgeblich zur Bewältigung ökologischer  
156 Herausforderungen bei. CleanTech beinhaltet die sechs Leitmärkte Energieeffizienz,  
157 umweltfreundliche Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energie, nachhaltige Mobilität,  
158 Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie die Kreislaufwirtschaft. Zwischen  
159 2016 und 2025 wird sich das Gesamtvolumen der heimischen „grünen“ Leitmärkte von 347 Milliarden  
160 Euro auf voraussichtlich 738 Milliarden Euro erhöhen. In diesem Zeitraum wird sich die deutsche  
161 CleanTech-Branche voraussichtlich mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 8,8  
162 Prozent entwickeln. Im selben Zeithorizont soll die Mitarbeiterzahl in der Umwelttechnik und  
163 Ressourceneffizienz um jährlich 6,7 Prozent wachsen. 2016 waren in den Unternehmen der sechs  
164 CleanTech Leitmärkte in Deutschland rund 1,5 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Vergleich zur  
165 deutschen Automobil- und Zuliefererindustrie: ca. 1,1 Millionen Beschäftigte.

166 Der AKU begrüßt daher ausdrücklich, dass CleanTech ein wichtiger Baustein der Hightech Agenda  
167 Bayern ist. So soll Bayern zu einer führenden Leitregion für innovativen Klimaschutz werden. Hierfür  
168 stellt die Bayerische Regierung 80 Millionen Euro zur Verfügung. Saubere Technologien sind dabei  
169 bayerische Kernkompetenzen: synthetische Kraftstoffe, moderne Batterieforschung und Wasserstoff  
170 als Energieträger der Zukunft.

171 Der AKU setzt sich dafür ein, dass mit diesen Geldern technologieoffen moderne  
172 Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert werden, die sich an neu Methoden wagen, die  
173 Gesellschaft umweltfreundlicher zu gestalten. Als Maßnahmen fordert der AKU:

174 1. Um sich eine führende Rolle als Global Player zu sichern, muss Bayern eine eigene  
175 „Clean Tech-Strategie“ entwickeln, die ökologische Risiken begrenzt und ökonomische  
176 Chancen nutzt. Denn für den Technologie- und Industriestandort Deutschland kann die  
177 Bedeutung von Umwelttechnik und Ressourceneffizienz gar nicht hoch genug eingeschätzt  
178 werden. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 15 Prozent und wird – so die Prognose  
179 im GreenTech-Atlas des BMU (2018) – bis 2025 auf 19 Prozent steigen. Das weltweite  
180 Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich von mehr als 3,2 Billionen  
181 Euro (2016) bis 2025 voraussichtlich auf über 5,9 Billionen Euro erhöhen  
182 (jahresdurchschnittliches Wachstum von 6,9 Prozent). Der deutsche CleanTech-Markt wächst  
183 um 8,8 Prozent pro Jahr – und damit deutlich stärker als der internationale Markt.

184 2. Gezielte Förderung der Digitalisierung. Für die ökologische Modernisierung spielen intelligente  
185 Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten eine Schlüsselrolle. Informationen können  
186 durch die Digitalisierung gebündelt und rascher verarbeitet und daraus immense  
187 Energieeinspareffekte erzielt werden.

- 188 3. Förderung von Wassereffizienztechnologien zur nachhaltige Wasserwirtschaft:  
189 Wasserverteilung, Wasseraufbereitung, Abwasserbehandlung, Wassergewinnung sowie  
190 Abwassersammlung und -transport. Daran zeigt sich die zunehmende Bedeutung der  
191 Wasserversorgung. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie einer  
192 Verschärfung der Wasserknappheit nimmt die Bedeutung der Wasserversorgung zusehends  
193 zu. Hier muss die bayerische Forschung ebenfalls ansetzen und gefördert werden. Auf  
194 Grundlage des Wasserpaktes Bayern und KULAP könnte hier ein neuer Forschungs- und  
195 Wirtschaftszweig mit großem internationalen Wachstumspotential entstehen.
- 196 4. Neben der E-Mobilität bestehen noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr (insbesondere  
197 ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebsmix der Zukunft soll der Wettbewerb  
198 entscheiden. Neben grünem Wasserstoff können auch Diesel und Benzin, die aus  
199 erneuerbarem Strom und CO<sub>2</sub> hergestellt werden, wichtige Bausteine sein. Die Herstellung  
200 solcher E-Fuels steht derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu  
201 produzieren, sind massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem  
202 müssen regulatorische Hürden abgebaut werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürfen  
203 nicht mehr als Endverbraucher im Sinne des EEG und des EnWG gelten und damit Abgaben  
204 und Umlagen zahlen müssen.
- 205 5. Die Infrastruktur der Bahn muss ausgebaut und stillgelegte Strecken bei Bedarf reaktiviert  
206 werden. Streckennetze für Personen- und Güterverkehr müssen ausgebaut werden. Es  
207 müssen Anreize geschaffen werden, um den Güterverkehr von der Straße auf die Bahn zu  
208 verlagern. Ergänzend müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um den  
209 Zugverkehr effizienter, sicherer und engmaschiger zu gestalten. So kann der Transitverkehr  
210 stark reduziert und damit große Mengen CO<sub>2</sub> eingespart werden.  
211